

Nationalratsdebatte 31.05.2010. Für ein  
gesundes Klima. Volksinitiative. CO2-Gesetz.  
Revision.



Das noch bis Ende 2012 geltende CO2-Gesetz ist bekanntlich die Basis für unsere nationale Klimapolitik. Dieses Gesetz verpflichtet uns aber auch, rechtzeitig neue Zielsetzungen für die Zukunft festzulegen; eine reine Verlängerung würde da eben nicht genügen. Gleichzeitig - wir wissen es - ist die sogenannte Klimainitiative hängig, die, ausgehend vom Stand der Treibhausgasemissionen 1990, eine Reduktion von 30 Prozent bis 2020 verlangt. Filippo Leutenegger, nicht in den nächsten zehn Jahren müsste um 30 Prozent reduziert werden, sondern das Jahr 1990 ist die Basis für alle Diskussionen, das vielleicht zur Klärung.

Für die BDP ist die Klimapolitik ein sehr wichtiges Thema. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Klimaerwärmung stattfindet, allen Unkenrufen und kalten Wintertagen zum Trotz. Wir betrachten die Klimaerwärmung, zur Hauptsache ausgelöst durch den zu hohen CO2-Ausstoss, als eine der grössten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Wenn wir auch für unsere Kinder und Kindeskinde Verantwortung übernehmen wollen, dann müssen wir jetzt die Weichen stellen und nicht erst morgen handeln, denn möglicherweise ist es dann zu spät. Das Perfide und Beängstigende an der Klimaerwärmung ist ja der schleichende Prozess, der uns heute im Alltag noch überhaupt nicht schmerzt, bis es dann eben plötzlich zum Kollaps kommen kann.

Die BDP ist aber auch überzeugt, dass die Klimaerwärmung respektive deren Behebung eine grosse Chance für uns, für die Wirtschaft und das Gewerbe sein kann. Ein aktiver Klimaschutz kann neue Arbeitsplätze schaffen und trägt viel zur Sicherheit der Energieversorgung bei. Wir verweisen dabei auch auf die Mackenzie-Studie, die mit rund 27 000 neuen Nettoarbeitsplätzen rechnet.

Der Vorschlag des Bundesrates, der Klimainitiative einen indirekten Gegenvorschlag in Form der hier vorliegenden Totalrevision vorzulegen, ist aus der Sicht der BDP der richtige Weg. Die BDP befürwortet klar eine Lösung, die für unsere Wirtschaft erträglich ist oder eben sogar fördernd wirkt.

Ein Reduktionsziel von 30 Prozent, wie es die Initiative fordert, wäre für die Wirtschaft nicht verkraftbar und würde unweigerlich zu Wettbewerbsverzerrungen gegenüber dem Ausland führen. Aber mit dem hier zur Debatte stehenden Gesetzentwurf schaffen wir insbesondere für die Wirtschaft rechtzeitig klare Rahmenbedingungen, die eben gerade für innovative Unternehmungen einen langfristigen Investitionsschutz darstellen.

Die BDP-Fraktion beantragt Ihnen deshalb, auf das Gesetz einzutreten und den Nichteintretensantrag der Kommissionsminderheit abzulehnen.